

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis vormittags 11 Uhr.
Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf. Einzelne Nr. 5 Pf.
Inserate pro Zeile 10 Pf., für auswärts 15 Pf.
Tabellarischer Satz wird doppelt berechnet.

Filialen: in Altstadtwaldenburg bei Herrn Kaufmann Otto Förster; in Kaufungen bei Herrn Fr. Janaschek; in Langenchursdorf bei Herrn S. Stiegler; in Penig bei Herrn Wilhelm Dahler, Cigarrenfabrikant an der Brücke; in Rochsburg bei Herrn Paul Beck; in Wolkensburg bei Herrn Herrn. Wildenhain; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirste.

Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Städten **Penig, Lunzenau, Richtenstein-Callenberg**, und in den Ortschaften der nachstehenden Standesamtsbezirke:
Altstadt-Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, St. Egidien, Ehrenhain, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenchursdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Oelsnitz i. G., Reichenbach, Remse, Rochsburg, Rußdorf, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensburg und Ziegelheim.

Fernsprecher Nr. 9.

Nr. 236.

Mittwoch, den 9. October

1901.

Witterungsbericht, aufgenommen am 8. October, nachm. 4 Uhr.

Barometerstand 753 mm. reducirt auf den Meeresspiegel. Thermometerstand + 9,5° C. (Morgens 8 Uhr + 7,5° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Lambrechts Polymeter 54%. **Thaupunkt** + 0,5° C. **Windrichtung**: Südwest. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis 12 Uhr mittags: 4,1 mm. Daher **Witterungsaussichten** für den 9. October: Wechselnde Bewölkung mit einzelnen Schauern.

Muz- und Brennholz-Auction auf Remser Revier.

Im Rosenfeld'schen Gasthof in Remse sollen
Montag, den 14. October 1901,
Vormittags 9 Uhr

folgende im Gersdorf und Klosterholz aufbereitete Hölzer, und zwar:
430 Mdlh. Stangen 3-6 cm Unterstärke,
180 " " 7-13 " "
35,8 Mdlh. Mdlh.-Reisig,
eine Partie anstehendes **Besenreisig, Weiden**
und 10 Plätze anstehende Stücke
versteigert werden.

Fürstliche Forstverwaltung Remse.

Waldenburg, 8. October 1901.

Der Central-Verband deutscher Industrieller hat sich unmittelbar nach dem Handelstage mit dem Zolltarif beschäftigt. Auf dem Handelstage waren die Freunde der Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers in der Minderheit geblieben; es überwogen — wenn auch nicht so stark, wie die Freihändler erwartet hatten — die Befürworter der Interessen des Handels. Bei den Verhandlungen des Central-Verbandes deutscher Industrieller kam eine höhere wirtschaftspolitische Auffassung zur Geltung. Die bedeutendste Organisation der Industrie steht auf demselben Standpunkte wie der Reichskanzler, Graf Bülow, indem sie ihrer Ansicht dahin Ausdruck gegeben hat, daß die Ordnung unserer Handels-Verhältnisse zum Auslande nicht ausschließlich nach den Interessen unsers Handels erfolgen dürfe, daß vielmehr die Interessen aller Theile der heimischen Production solidarisch miteinander verbunden seien und daher ein gleichmäßiger wirksamer Schutz aller Zweige der nationalen Arbeit hergestellt werden müsse.

Diese Ueberzeugung kam mit überwältigender Mehrheit zum Ausdruck. Wie sich kein besonnen urtheilender Landwirth der Einsicht entzieht, daß heute für das deutsche Reich eine große und exportirende Industrie eine Lebensbedingung ist und daß daher die Landwirtschaft selbst an der Erhaltung und Förderung einer solchen Industrie ein Interesse hat, so erkennen auch die Industriellen, die über ihrem Verufe das Interesse der Gesamtheit nicht aus dem Auge verlieren, an, daß eine lebensfähige Landwirtschaft nicht zu entbehren ist und ihr deshalb ein genügender Schutz gewährt werden muß. Das Geschrei vom Brotwucher und von der Broterhöhung hat auf unsere Industriellen keinen Eindruck gemacht; denn sie wissen nur zu gut, daß es die Industrie und insbesondere die von dieser beschäftigten Arbeiter sind, welche große Vortheile aus einem kaufkräftigen Bauernstande ziehen.

Aus diesen Gründen hat der Central-Verband deutscher Industrieller die Nothwendigkeit betont, wegen der schwierigen Lage der Landwirtschaft dieser eine ausreichende Erhöhung der Getreidezölle zu gewähren, und zwar hat er keinen Zweifel darüber gelassen, daß die in dem Zolltarif-Entwurf vorgeschlagenen Sätze nicht ermäßigt werden dürfen. Allerdings hat er sich gegen die Festlegung von Minimalzöllen ausgesprochen, aber nur, weil er glaubt, daß diese unter Umständen den Abschluß von Handels-Verträgen hindern könnten. Daß diese Befürchtung nicht allgemein von den Vertretern der Industrie gehegt wird, beweist die Abstimmung über diesen Punkt; eine Anzahl von Delegirten nämlich enthielt sich dabei der Stimm-Abgabe. Einer von diesen nannte sogar die Behauptung, Minimalzölle ständen dem Abschluß von Handels-Verträgen entgegen, eine Nebenart, die als Thatsache hingestellt werde, ohne daß sie bewiesen sei oder bewiesen werden könne. Auch der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln hat erklärt, daß gegen Minimalzölle für Getreide grund-

sätzlich kein Einwand erhoben werden könne, da erfahrungsgemäß Minimalzölle kein Hinderniß für den Abschluß von Handels-Verträgen seien.

Jedenfalls ist der Stellung des Central-Verbandes zu den Minimalzöllen keine große Bedeutung beizumessen. Die Hauptsache ist, daß er sein Einverständnis mit den von der Regierung vorgeschlagenen Zollzöllen für Roggen, Weizen, Hafer und Gerste bekundet hat; denn damit hat die wichtigste Vertretung unsrer Industrie dem Grafen Bülow ihr Vertrauen ausgesprochen und die Hoffnung bestärkt, daß sich die Vertreter der Industrie und der Landwirtschaft durch gegenseitige Verständigung auf der mittlern Linie einigen werden.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die Jagdbeute des Kaisers in Kominten ist diesmal so außerordentlich ergiebig gewesen, daß sie die besten Resultate der früheren Jahre bei Weitem übertrifft. Der Monarch hat einige zwanzig Hirsche, darunter ganz kapitale Stücke, zur Strecke gebracht. Von diesen sind die größten und stärksten Exemplare nach Potsdam befördert worden.

Das Befinden der Kaiserin hat sich etwas gebessert. Die hohe Frau hütet zwar noch das Zimmer, konnte aber schon auf einige Stunden das Bett verlassen.

Für den deutschen Kronprinzen, der, nachdem er seine Studien in Bonn beendet haben wird, wieder in Potsdam beim 1. Garderegiment z. F. als Hauptmann und Compagniechef und später nach der „Bosn. Ztg.“ bei einem Garde-Kavallerieregiment Dienst thun wird, trifft man bereits Vorkehrungen, um ihm die unweit des Neuen Palais belegene, vor einigen Jahren vom Kaiser angekaufte Villa Jagenheim als Wohnung zur Verfügung zu stellen. Das Landhaus wurde bisher von dem jugendlichen Herzog von Koburg-Gotha und seiner Mutter bewohnt. Auf dem umfangreichen, von der Havel begrenzten Grundstück wird für den Kronprinzen auch eine Reithahn gebaut. Am 26. October wird der Kronprinz seinen kaiserlichen Vater bei der Enthüllung des Kaiser Friedrich-Denkmal in Breslau vertreten.

Bravo Poddbielski! rufen die Landwirthe aus, denn der Landwirtschaftsminister v. Poddbielski hat gelegentlich der Grundsteinlegung der Marklissaer Thal-Sperre eine sehr schöne und mit großem Beifall aufgenommene Rede gehalten. Der Minister sprach zunächst scherzhaft über Ministerreden im Allgemeinen, die der eine schwarz, der andre weiß deutet, während der dritte tief sinnige Betrachtungen dem widmet, was nicht gesagt worden sei. Im Verlauf seiner Ausführungen erklärte Herr v. Poddbielski dann aber, daß wirtschaftliche Kraft allein der Boden sei, auf dem politische Macht erwachse; und wie ein Hausvater in seinem Hause sich von einem Dritten keine wirtschaftliche Vorschrift machen lasse, so seien unsre wirtschaftlichen Dinge eine intern deutsche Sache, die den außer Deutschland Stehenden nichts an-

gingen. Wir achteten jede Interessenvertretung; aber auseinandersehen wollten wir uns am häuslichen Herde, nicht aber auf der Landstraße. Dann aber schloß der Minister mit einer Bemerkung, die, wie die „Deutsche Tagesztg.“ befürchtet, zu Mißverständnissen und Mißdeutungen Anlaß geben könnte, indem er erklärte: Es würde um Deutschland besser bestellt sein, wenn an die Stelle der Schwächer die Männer der That träten, die zur Arbeit anpacken. Die Landwirthe hat der Minister damit doch ersichtlich nicht gemeint, sondern ganz andre Leute!

Die Berliner Bürgermeisterfrage ist erledigt. Der Oberpräsident v. Bethmann-Hollweg hat es abgelehnt, dem Kaiser die Wiederwahl des Stadtraths Kaufmann zum Bürgermeister von Berlin zur Bestätigung vorzulegen. Das ist von den möglichen Bescheiden, die auf das Bestätigungsersuchen ertheilt werden konnten, der kräftigste, nach Lage der Dinge allerdings auch der correcteste. Die Regierung könnte nun umgehend einen Commissar mit der Leitung der Bürgermeistergeschäfte auf Kosten der Stadt beauftragen. Die Stadt hat die Verwaltungsthätigkeit des ihr gegen ihren Willen vorgesezten Commissars so lange zu ertragen, bis sie einen andern Candidaten zum Bürgermeister präsentiert, der der Krone genehm ist. In dem dem Magistrat übergebenen Schreiben hat der Oberpräsident jedoch zunächst angefragt, ob die Vertretung des Bürgermeisters durch die Geschäftsstelle geboten erscheine, und wenn dies der Fall sei, dem Magistrat anheimgestellt, aus den Reihen der städtischen Beamten eine geeignete Persönlichkeit als Regierungskommissar vorzuschlagen. Die Staatsbehörde hat also trotz der strikten Ablehnung jede Spur von Unfreundlichkeit vermieden, vielmehr das gefälligste Entgegenkommen an den Tag gelegt; natürlich nur in der Form. Aber die Stadt Berlin will nun ohne zweiten Bürgermeister auskommen suchen. Der Magistrat beschloß, daß die Ernennung eines Commissars nicht geboten erscheine, und da die Stadtverordneten-Versammlung diesem Beschluß beitreten wird, wird in diesem Sinne berichtet werden.

Die merkliche Zunahme der Concurse ist theilweise, wie in der „Dtsh. Juristenztg.“ geltend gemacht wird, auf die Aenderungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs gegenüber dem früheren Recht bei der Behandlung überschuldeter Nachlässe zurückzuführen. Es bleibt den Erben oder Nachlasspflegern auch bei ganz kleinen Verlassenschaften nichts weiter übrig, als die Concurseröffnung zu beantragen.

Eine Entscheidung des ärztlichen Ehrengerichts, die in dem „Ministerialblatt für Medicinalangelegenheiten“ veröffentlicht wird, ist von allgemeinem Interesse. Der Ehrengerichtshof bejahte nämlich die Frage, ob ein Arzt, der fortgesetzt oder in marktfeiererischer Weise seine Berufsthätigkeit in der Presse annonciert, sich einer Verfehlung gegen die ärztliche Standesehre schuldig macht, und belegte die angeschuldigten Aerzte mit entsprechenden Strafen.